



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 22. Juni 2020
Kantonsratspräsident Josef Wyss

Petition «Gesetzesänderung zum Neubau und Ersatz von Heizanlagen» / Staatskanzlei

Josef Wyss: Für die Kommission Raumplanung, Umwelt und Energie (RUEK) spricht Kommissionspräsident Peter Fässler.

Peter Fässler: Das Luzerner Jugendparlament hat am 25. November 2019 im Rahmen der 6. kantonalen Jugendsession die Petition «Gesetzesänderung zum Neubau und Ersatz von Heizanlagen» eingereicht. Darin wird gefordert, dass die Gesetzgebung im Kanton Luzern dahingehend angepasst wird, dass beim Neubau oder Ersatz bestehender Heizanlagen eine Anlage eingebaut wird, welche keine fossilen Energieträger benötigt, ausser es bestehen zwingende Gründe, welche den umwelttechnischen Gründen übergeordnet sind. An der RUEK-Sitzung vom 3. Februar 2020 wurde eine Delegation der Petitionäre im Beisein von Vertretern des Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartementes (BUWD) von der Gesamtkommission angehört. Es waren dies Jonas Ineichen (ehemaliger Co-Präsident Jugendparlament), Vinzenz Schmutz (Vorstandsmitglied) und Jan Wyss (Jugendsession-Teilnehmer und neues Vorstandsmitglied). Das BUWD hat anschliessend im Beisein der Petitionäre über den aktuellen Stand des Energieförderprogramms und die vorgesehenen Entwicklungen sowie über den Stand des Planungsberichtes Klima informiert. Gestützt auf diese Erkenntnisse wurde der vorliegende Bericht verabschiedet. Das Anliegen der Petitionäre wurde in der Kommission grundsätzlich positiv aufgenommen. Ihr politisches Engagement wurde mehrmals lobend erwähnt, ebenso ihre Argumente für diese Petition. Diese Petition wurde vom Jugendparlament nach einlässlicher Diskussion eingereicht, und sie will einen Beitrag zur Verbesserung der CO₂-Bilanz leisten, vor allem auch bei der bestehenden Gebäudesubstanz. Die Petitionäre sehen das grosse Problem darin, dass beim Ersatz von bestehenden Heizanlagen noch allzu oft wieder auf fossile Energieträger gesetzt wird. In der RUEK wurde jedoch auch festgestellt, dass der Kantonsrat das angesprochene Energiegesetz erst gerade im Jahr 2017 totalrevidiert hat. Dieser Revision gingen intensive Diskussionen sowie die Ablehnung eines ersten Vorschlags im Jahr 2013 voraus. Mit der Revision wurde das aus dem Jahr 1989 stammende Energiegesetz auf einen aktuellen Stand gebracht. Diese Vorlage wurde 2018 vom Luzerner Stimmvolk klar angenommen. Man war sich in der Kommission ziemlich einig darin, dass eine entsprechende Gesetzesanpassung einen Beitrag zur Verringerung des CO₂-Ausstosses leisten könnte. Jedoch war eine Mehrheit der Meinung, dass eine vom Planungsbericht Klima losgelöste Revision des Kantonalen Energiegesetzes zum aktuellen Zeitpunkt keinen Sinn mache. Es braucht am Schluss mehr als eine Massnahme, um die gesteckten Ziele zu erreichen, und schliesslich liegt die letzte Totalrevision des Energiegesetzes erst zwei Jahre zurück. Der Vorschlag, der Petition mit einer Kommissionsmotion oder einem Postulat mehr Gewicht zu verleihen, wurde nach intensiver Diskussion zurückgezogen. Die RUEK kam schlussendlich überein, dass das Anliegen der Petitionäre bei der Erarbeitung des Planungsberichtes Klima

mit einzubeziehen sei. So steht es auch im vorliegenden Bericht zur Petition. Die RUEK beantragt, die Petition im Sinn der vorgenannten Feststellungen und Folgerungen zur Kenntnis zu nehmen. Damit können wir zeigen, dass wir die Arbeit des Jugendparlamentes sehr schätzen. Die RUEK beschloss weiter, dass auf Fraktionssprecher verzichtet wird. Ich danke den Vertretern der Petitionäre, Regierungsrat Fabian Peter als Vorsteher des BUWD, Susanne Bäurle vom Departementssekretariat und Jürgen Ragaller, Klimaexperte der Dienststelle Umwelt und Energie, für die Unterstützung bei fachlichen Fragen sowie Heinz Germann, Protokollführer, für die Ausformulierung dieses Berichtes.

Korintha Bärtsch: Der Einbezug der Anliegen der Jungen ist wichtig, darum erlaube ich mir, im Namen der G/JG-Fraktion auch noch etwas dazu zu sagen. Alles, was unser Rat beschliesst, hat Auswirkungen auf alle Generationen, aber im Speziellen auf die Jugendlichen. Es geht um ihre Zukunft, und darum gilt es, ihre Anliegen ernst zu nehmen, insbesondere das Anliegen, welches das Jugendparlament an uns stellte. Was möchten die Jungen mit ihrer Petition erreichen? Ganz einfach: Eine Heizung, welche ihr Lebensende erreicht hat, darf nicht durch eine fossile Heizung ersetzt werden. Die G/JG-Fraktion findet den Vorschlag gut und wegweisend für die Zukunft. Die RUEK anerkennt das Anliegen auch, sieht aber keine Dringlichkeit, dieses für den Klimaschutz jetzt anzugehen. Mittlerweile wurden wir national überholt. Um das Ziel «Netto null 2050» zu erreichen, haben National- und Ständerat beschlossen, dass ab 2023 aufgrund des CO₂-Grenzwertes faktisch keine Ölheizungen mehr erlaubt sind. Dieser Grenzwert wird alle fünf Jahre verschärft werden, sodass im Jahr 2028 auch keine Gasheizungen mehr erlaubt sein werden. Acht Jahre sind eine kurze Zeit. Ein solcher Umstieg muss gut vorbereitet sein, und der Ausstieg – gerade auch aus dem Erdgas – ist extrem anspruchsvoll. Über das notwendige Geld für den Umbau zu einer nachhaltigen Energieversorgung werden wir nächsten Montag ein erstes Mal sprechen, und das wird garantiert nicht das letzte Mal sein. Dass eine hohe Dringlichkeit besteht, müssen wir uns immer wieder vergegenwärtigen. Die Herausforderungen werden nicht nur komplexer, sondern je länger wir warten, desto teurer und einschneidender werden die Massnahmen sein müssen. Die G/JG-Fraktion bleibt dran und hegt grosse Erwartungen an den Klimabericht, welcher uns nächstes Jahr präsentiert werden wird. Darin werden wir hoffentlich viele Massnahmen finden. Wir, das Klima und die nachfolgenden Generationen freuen uns, wenn auch die restlichen Fraktionen mit uns gegen den Klimawandel kämpfen.

Andy Schneider: Die SP-Fraktion ist mit den Forderungen, welche eine Verringerung des CO₂-Ausstosses fordern, vollumfänglich einverstanden. Wir erachten die dringliche Umsetzung der Forderungen als zwingend, um das Ziel «Netto null 2050» zu erreichen. Wir sind gespannt, wie der Regierungsrat das Anliegen des Jugendparlamentes in den Planungsbericht Klima mit einbezieht. Das Jugendparlament ist ein wichtiger Teil der politischen Bildung. Die Jugendlichen können sich eine eigene Meinung bilden und die Haltungen der Parteien hinterfragen. Es ist deshalb wichtig, dass sie erfahren, wie die jeweiligen Parteien zu ihren Forderungen stehen. Die Jugendlichen haben aus Sicht der SP ein Recht darauf, dass die Politik sich zu ihrem Anliegen äussert. Dies hat mit der Wertschätzung ihrer Arbeit zu tun, und es geht darum, dass wir die Jugendlichen ernst nehmen.

Der Rat stimmt dem Antrag der RUEK, die Petition im Sinn ihres Berichtes zur Kenntnis zu nehmen, zu.